



Bericht an den Einwohnerrat

vom 20.5.2008

Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht)

Kurzinfo:	Gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats vom 19.6.2000, § 25 Abs. 3, erstattet der Gemeinderat einen separaten Bericht zum Stand der Bearbeitung der überwiesenen aber noch hängigen Postulate und Motionen und gibt Auskunft über geplante Fristen.
Antrag:	<ol style="list-style-type: none">1. Das Postulat der SP-Fraktion: Sport und Sportstätten nach Schliessung der Schiessanlage Allschwiler-Weiher (Geschäft Nr. 23/2000) wird als erledigt abgeschrieben.2. Das Postulat FDP-Fraktion: Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal (Geschäft Nr. 177/2003) wird als erledigt abgeschrieben.3. Das Postulat der CVP-Fraktion: Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher durch die Gemeinde Binningen (Geschäft Nr. 191/2004) wird als erledigt abgeschrieben.4. Das Postulat CVP: Schliessung des Schiessstandes am Allschwiler-Weiher (Geschäft Nr. 159/2007) wird als erledigt abgeschrieben.5. Das Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Midnight Basketball für Binningen (Geschäft Nr. 46/2005) wird als erledigt abgeschrieben.6. Das Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Sicheres Überqueren der Hauptstrasse (Geschäft Nr. 114/2006) wird als erledigt abgeschrieben.7. Das Postulat FDP-Fraktion: Für eine rasche Realisierung des Margarethenstichs der Tramlinie 10 (Geschäft Nr. 152/2007) wird als erledigt abgeschrieben.8. Das Postulat CVP-Fraktion: Buslinie 61, 15-Minutentakt während der Hauptverkehrszeiten (Geschäft Nr. 167/2007) wird als erledigt abgeschrieben.

GEMEINDERAT BINNINGEN

Präsident: Verwalter:

Charles Simon Olivier Kungler

1. Postulat der SP-Fraktion: Sport und Sportstätten nach Schliessung der Schiessanlage Allschwiler-Weiher

(Geschäft Nr. 23/VIII, überwiesen am 19.2.2001)

In den letzten Jahren hat die Gemeinde Binningen drei Kunstrasenflächen erstellt, um Kapazitätsengpässe bei Spielfeldern zu beheben. Die Gemeinde Allschwil hat zwischenzeitlich einen neuen Zonenplan genehmigt und dabei das Areal des Schiessplatzes Allschwiler Weiher in eine so genannte "weisse Zone" eingeteilt, „deren Nutzung noch nicht bestimmt ist oder in der eine Nutzung erst später zugelassen wird“ (kant. RBG, § 19.1.f.). Die Nutzung dieses Areals als neue Sportstätte nach der Schliessung der Schiessanlage ist folglich nicht mehr realistisch.

Aufgrund dessen beantragt der Gemeinderat, das Geschäft abzuschreiben.

2. Postulat FDP-Fraktion: Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal

(Geschäft Nr. 177/VIII, überwiesen am 26.1.2004)

Vergleiche Ziffer Nr. 1. Der Gemeinderat beantragt, das Geschäft abzuschreiben.

3. Postulat der CVP-Fraktion: Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher durch die Gemeinde Binningen

(Geschäft Nr. 191/VIII, überwiesen am 21.6.2004)

Vergleiche Ziffer Nr. 1. Der Gemeinderat beantragt, das Geschäft abzuschreiben.

4. Postulat CVP: Schliessung des Schiessstandes am Allschwiler-Weiher

(Geschäft Nr. 159/IX, überwiesen am 25.6.2007)

Laut Auskunft des Basler Sicherheitsdirektors werden die Basler Schützen 2009 nicht mehr auf der Schiessanlage Allschwiler Weiher schiessen, sondern auf der Muttenzer Schiessanlage Lachmatt. Die Gemeinden Birsfelden und Pratteln haben den dazu notwendigen Verträgen bereits zugestimmt. Noch ausstehend ist die Zustimmung der Gemeinde Muttenz. Diese wird das Geschäft an der Gemeindeversammlung im Juni behandeln. In Abwägung obiger Ausführungen beantragt der Gemeinderat, das Geschäft abzuschreiben.

5. Motion der FDP-Fraktion: Neubadrain / Paradiesstrasse

(Geschäft Nr. 55/VIII, überwiesen am 27.8.2001)

Die Motion fordert die Prüfung folgender Massnahmen am erwähnten Strassenzug:

- a) Fahrverbot für Lastwagen (Zubringerdienst vorbehalten) auf der Paradiesstrasse und dem Neubadrain nach Fertigstellung des Dorenbachkreisels / flankierende Massnahmen zur Unterbindung von Umgehungsverkehr, Erstellung eines Kreisels an der Kreuzung Lange-gasse / Neubadrain / Paradiesstrasse.
- b) Der Gemeinderat wird beauftragt, sich beim Kanton für die Erstellung einer grossräumigen Umfahrungsstrasse zur Erschliessung des (hinteren) Leimentals einzusetzen.

Ad a) Mit der Einführung von Tempo 40 und versetztem Parkieren konnte der Verkehr auf diesem Strassenzug zwischenzeitlich markant beruhigt werden. Der durchschnittliche Werktagsverkehr ist zwischen 2001 und 2007 kontinuierlich von ca. 10'000 auf 7'300 Fahrzeuge pro Tag gesunken. Der Schwerverkehr ist bis 2005 um 60 bis 70 % auf 83 Fahrzeuge je 24 Stunden (beide Richtungen) zurückgegangen. Im 2006 konnten wegen der Werkleitungsarbeiten am Kronenplatz und an der unteren Paradiesstrasse im 2006 keine repräsentativen Verkehrserhebungen durchgeführt werden; bei jenen von 2007 mit einem automatischen Messgerät konnte nur der Gesamtverkehr zuverlässig ermittelt werden, nicht aber der Schwerverkehrsanteil.

Der Einwohnerrat hat im Oktober 2004 einem Massnahmenpaket für verkehrsberuhigende Massnahmen an der gesamten Paradiesstrasse zugestimmt. Diese Massnahmen, welche auch den Bau eines Verkehrskreisels an der Kreuzung Langegasse / Neubadrain / Paradiesstrasse beinhalten, wurden im unteren Teil der Paradiesstrasse bereits realisiert. Mit dem oberen Teil wird nach Abschluss der Bauarbeiten des Kantons am Kronenplatz Anfang 2009 begonnen. Auch am Neubadrain sind gemäss Auflagen des Kantons zur Bewilligung von Tempo 40 weitere punktuelle Massnahmen geplant, welche mit jeweils anstehenden Tiefbauarbeiten zur Ausführung kommen sollen. Die Einführung eines Fahrverbots für Lastwagen erachtet der Gemeinderat deshalb im Moment als unnötig. Vor Beginn der Bauarbeiten an der oberen Paradiesstrasse (voraussichtlich im 1. Quartal 2009) sind erneute Verkehrserhebungen vorgesehen, welche einen Anhaltspunkt über die tendenzielle Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs geben werden.

Ad b) Der Gemeinderat hat sich im Rahmen der Vernehmlassungen zum kantonalen Richtplan im August 2005 und Oktober 2006 für die Realisierungsoption Südumfahrung ausgesprochen. Diese Option ist in der dritten Auflage des Richtplans, welche derzeit in der Bau- und Planungskommission des Landrats beraten wird, auch enthalten. Der Gemeinderat will, dass dem wachsenden Mobilitätsbedürfnis aber nach Möglichkeit vor allem mit Massnahmen beim öffentlichen Verkehr (u.a. Taktverdichtungen Tram Nr. 10/17, Margarethenstich) begegnet wird.

6. Motion der FDP-Fraktion: Umsetzung der Empfehlung des ER betr. Lastwagenverbot auf der Achse Paradiesstrasse / Neubadrain
(Geschäft Nr. 136/VIII, überwiesen am 19.5.2003)

Siehe Ausführungen unter Ziffer 5.

7. Postulat EVP: Künstlerische Gestaltung Kronenplatzkreisel
(Geschäft Nr. 139/VIII, überwiesen am 19.5.2003)

An den Sitzungen vom 29.1.2007 und 25.6.2007 hat der Einwohnerrat die Kreditanträge für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung des Kronenplatzkreisels abgelehnt. Der Gemeinderat hat vor Kurzem entschieden, ein kostengünstigeres Auswahlverfahren in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein Binningen durchzuführen. Dem Einwohnerrat wird diesbezüglich ein separater Bericht unterbreitet, sobald die Details der Durchführung skizziert sind. Die Gestaltung des Kreisellinern wird erst nach Abschluss der kantonalen Tiefbauarbeiten am Kronenplatz erfolgen können. Die allenfalls benötigten Infrastrukturanschlüsse sind geplant und werden vorsorglich bis in den Kreisel gezogen. Bis zur Realisierung des definitiven Projekts wird der Kanton mit dem Bau des Verkehrskreisels eine einfache, verkehrstechnisch akzeptable Lösung einrichten.

8. Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte
(Geschäft Nr. 24/IX, überwiesen am 13.12.2004)

Im Mai 2007 ist im Landrat eine Motion zu diesem Thema überwiesen worden, die kantonale Regeln für Mobilfunk-Antennenstandorte verlangt. Die zuständigen kantonalen Amtsstellen bearbeiten zurzeit eine mögliche Lösung.

Zudem schlägt die Gemeinde Binningen mit dem neuen Zonenplan Siedlung und Landschaft eine kommunale Regelung vor. Der Vorschlag befindet sich zurzeit in der kantonalen Vorprüfung.

9. Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Midnight Basketball für Binningen
(Geschäft Nr. 46/IX, überwiesen am 25.4.2005)

Es wurden mögliche Träger/innen angefragt (Kirchen, Vereine, Elterngruppen). Von den 19 möglichen Institutionen konnte sich lediglich eine die Mitwirkung vorstellen.

Im Winter 2006 hat der Gemeinderat das Midnight Basketball-Projekt im Basler St. Johansquartier in Begleitung des Postulanten besucht. Der Gemeinderat zeigte sich von

den Aktivitäten der Jugendlichen beeindruckt. Allerdings wurden auch Zweifel geäußert, ob ein derartiges Projekt in Binningen einem Bedürfnis entspricht.

Geprüft wurde auch die Möglichkeit, den Betrieb von Midnight Basketball mit Hilfe der nationalen Promotionsorganisation zu starten. Dies wäre mit einem Kostenaufwand von CHF 25'000 bis 30'000 verbunden. Der Gemeinderat ist nicht bereit, einen derart hohen Betrag für ein Projekt einzusetzen, dessen Erfolgsaussichten ungewiss sind.

Mittlerweile hat die Gemeinde Muttenz ein Pilotprojekt durchgeführt. Dieses dauerte von November 2007 bis April 2008. Die Kosten beliefen sich auf rund CHF 45'000.—, wobei ein grosser Teil durch private und öffentliche Sponsoren finanziert worden ist. Das Projekt darf als Erfolg gewertet werden; bis zu 30 Personen nutzen das wöchentliche Angebot und einige Jugendliche, die sich teilweise nachts auf den Strassen aufhielten, machten mit. Die Gemeinde Muttenz geht davon aus, dass das Projekt auch in Zukunft nicht ohne dauernde finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde möglich sein wird.

Während der vergangenen drei Jahre sind mit Ausnahme von Seiten des Einwohnerrats keine Rückfragen zum Thema Midnight Basketball bei der Verwaltung eingegangen. In Gesprächen äusserten mögliche Partner zwar immer wieder, dass ein derartiges Projekt begrüssenswert wäre; konkrete Bereitschaft zum Engagement war aber leider keine auszumachen.

In Abwägung obiger Ausführungen beantragt der Gemeinderat, das Geschäft abzuschreiben.

10. Postulat FDP-Fraktion: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit

(Geschäft Nr. 34/IX, überwiesen am 29.8.2005)

Sämtliche Einsatzdienste im Sicherheitsbereich (Feuerwehr, Gemeindepolizei, Zivilschutz, Gemeindeführungsstab, Werke, Samariter) führen seit geraumer Zeit gemeinsame Übungen im Verbund (min. einmal jährlich) durch. So werden beispielsweise Zivilschutzangehörige von der Gemeindepolizei ausgebildet, den Verkehr zu regeln oder die Zivilschutzorganisation stellt für die Feuerwehr die Versorgung der Mannschaft anlässlich eines Einsatzes sicher.

Im Jahr 2007 fanden mit den Nachbargemeinden Allschwil und Reinach auf Stufe Gemeinderat und Verwaltung diverse Gespräche zum Thema engere Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, insbesondere bezüglich Zivilschutzorganisationen (ZSO), statt. Mögliche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit wurden geprüft und erste gemeinsame Projekte z.B. gemeinsame Ausbildungen und Kurse in den Nachbargemeinden durchgeführt. Die Zusammenarbeit der Zivilschutzorganisationen wird weiterhin intensiviert und ausgebaut werden. Eine engere Zusammenarbeit mit der Stadt Basel in diesem Bereich wird ebenfalls angestrebt.

Im Bereich der Gemeindepolizei wurde die in den Jahren 2006/2007 erfolgreich eingeführte Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei Bottmingen fortgeführt. Binningen hat die Schulung und Zertifizierung der neuen Bottminger Gemeindepolizistin auf der Radaranlage durchgeführt. Bei Bedarf erbringt die Gemeindepolizei Binningen weiterhin gegen Verrechnung in Bottmingen gemeindepolizeiliche Dienstleistungen (z.B. Baustellenkontrollen). Die enge Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus hat sich bewährt, soll beibehalten und möglichst ausgebaut werden.

Die Gemeinden Binningen und Bottmingen und die Geschäftsleitung des Bruderholzspitals haben im März 2008 einen gemeinsamen Vertrag (Campus Bruderholz) unterzeichnet, welcher die enge Zusammenarbeit der Feuerwehren auf dem Gebiet des Bruderholzspitals regelt. Ein Teil der Spezialausbildung, diverse Übungen sowie Einsätze werden ab sofort von den Feuerwehren Binningen, Bottmingen und der Betriebsfeuerwehr Bruderholz gemeinsam durchgeführt.

11. Postulat SP-Fraktion: Kommunale Beteiligung an nachhaltiger Energieerzeugung

(Geschäft Nr. 55/IX, überwiesen am 26.9.2005)

Der Einwohnerrat hat im 2006 einem Investitionsbeitrag von CHF 200'000 als Unterstützung der Wärmeversorgung Binningen AG (WBA) für den Leitungsbau in der Talsohle und als Vorinvestition für einen Netzverbund zugestimmt. Die gezielte Steigerung des Einsatzes erneuer-

barer Energie wurde mit diesem Entscheid bestätigt. Die künftige Ausrichtung der WBA wird derzeit auf konzeptioneller Basis überprüft.

Die Abklärungen und Verhandlungen für eine künftige Verwertung von Biomasse in einer Vergärungsanlage sind noch nicht abgeschlossen. Der Ausstieg aus dem bis 2014 laufenden Vertrag mit den angeschlossenen Gemeinden der Kompostierungsanlage Hardacker in Muttenz ist für Binningen bis heute nur mit grösseren finanziellen Einbussen möglich. Eine einvernehmliche Lösung zwischen den Betreibergemeinden und dem Betreiber der Anlage Hardacker wird angestrebt. Noch in diesem Jahr soll in einem geeigneten Quartier in Binningen ein Test mit einer Bioklappe (Quartiersammelcontainer für organische Abfälle) der Biopower AG anlaufen.

Beim Holzkraftwerk Basel, welches im Herbst 2008 in Betrieb gehen soll, sind neben den IWB und anderen Elektras vor allem die Bürgergemeinden, so auch Binningen, als Aktionäre beteiligt. Die Frage einer finanziellen Beteiligung der Einwohnergemeinde stellt sich deshalb nicht.

12. Postulat CVP-Fraktion: Einführung einer freiwilligen Tagesschule

(Geschäft Nr. 89/IX, überwiesen am 21.11.2005)

Der Gemeinderat hat im Herbst 2007 Bericht erstattet mit dem Antrag, die Einführung einer freiwilligen, integralen Tagesschule im Meiriacker-Schulhaus zu bewilligen. Alternativ dazu hat der Gemeinderat die Möglichkeit einer modularen Kinderbetreuung an zwei Standorten präsentiert. Der Einwohnerrat hat in der Folge eine Spezialkommission eingesetzt. Im Mai 2008 hat der Einwohnerrat das Geschäft auf Antrag der Spezialkommission an den Gemeinderat zurückgewiesen. Er verlangte dabei ein detaillierteres Konzept für eine modulare Kinderbetreuung an mindestens zwei Standorten in der Gemeinde.

13. Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Sicheres Überqueren der Hauptstrasse

(Geschäft Nr. 114/IX, überwiesen am 28.8.2006)

Das Postulat verlangt Verbesserungen beim Überqueren der Hauptstrasse zwischen Verwaltungs- und Postgebäude sowohl für Fussgänger/innen als auch für Velofahrer/innen.

Die Zuständigkeit für Massnahmen liegt beim Kanton Basel-Landschaft, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Zwischenzeitlich hat der Kanton in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und den Basler Verkehrs-Betrieben die Anlagen im Kreuzungsbereich optimieren können. Die Lichtsignal-Anlage wurde für Fussgänger/innen benutzungsfreundlicher eingestellt. Die Grünphase beim hauptsächlich genutzten oberen Übergang wurde um drei Sekunden verlängert und es wurde eine neuere Zweiphasenampel für die Fussgänger eingerichtet. Optimierungen bei der Abstimmung der Phasen der beiden Lichtsignalanlagen führen zu einer besseren Entleerung der seitlich in die Hauptstrasse einmündenden Fahrzeuge aus dem Ho-leerain und der Curt Goetz-Strasse. Eine sicherere Führung der Zweiradfahrzeuge, insbesondere stadtauswärts auf der kantonalen Veloroute, wurde durch die Signalisation "Rechts ein-spuren für Linksabbiegende" erreicht. Wegen den vorgenommenen, umfangreichen Verbesserungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, das Geschäft abzuschreiben.

14. Postulat FDP-Fraktion: Für eine rasche Realisierung des Margarethenstichs der Tramlinie 10

(Geschäft Nr. 152/IX, überwiesen am 25.6.2007)

Der Gemeinderat hat sich in der Vernehmlassung zur Studie "Optimierung der ÖV-Anbindung des Leimentals" für eine raschere Inbetriebnahme des Margarethenstichs eingesetzt. Gemäss Beschluss des Regierungsrats Basel-Stadt vom 4.12.2007 soll das Projekt, das auch Teil des Agglo-Programms Basel ist, bis 2016 realisiert werden. Das Ergebnis der Vernehmlassung wurde dem Kanton Basel-Stadt als Standortkanton des Margarethenstichs mitgeteilt, verbunden mit der Bitte um gemeinsame Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie, welche die ungeklärten Punkte aus dem Bericht und der Vernehmlassung klären soll. Insbesondere die Möglichkeiten der Anbindung an die Margarethenstrasse – dies in Überlagerung mit der Planung für die Umfahrung Gundeldingen (Zubringer A2 Abschnitt 7) – muss zuerst planerisch nach-

gewiesen werden. Die Gemeinde hat in den Jahren 2006/2007 durch die Mitwirkung in der Arbeitsgruppe wesentliche Impulse zur Studie gegeben.

Daneben wurde im Landrat durch ein Mitglied des Binnerer Wahlkreises mittels parlamentarischem Vorstoss der Regierungsrat aufgefordert, die Tramverbindung möglichst bald zu realisieren.

Das Geschäft liegt nun nicht mehr im Einflussbereich der Gemeinde. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

15. Postulat CVP-Fraktion: Pandemieplan für die Gemeinde Binningen

(Geschäft Nr. 161/IX, überwiesen am 25.6.2007)

Im Rahmen der jährlichen Gemeindeführungsstabsübung (GFS) wurde im Herbst 2007 das Thema Pandemieplanung intensiv behandelt. Anlässlich dieser Übung konnten wesentliche Erkenntnisse gewonnen und Grundlagen erarbeitet werden. Diese bilden eine gute Basis um die Umsetzung voraussichtlich im 2008 - mindestens im konzeptionellen Bereich - abschliessen zu können. Der Umfang von allenfalls budgetrelevanten Anschaffungen (Schutzmasken, Desinfektionsmittel, etc.) im Bereich Pandemievorsorge wird vermutlich ebenfalls im Verlauf dieses Jahres beziffert werden können.

16. Postulat SP-Fraktion: Schaffung einer Fachstelle /-kommission für Kinder- Jugend- und Familienfragen

(Geschäft Nr. 165/IX, überwiesen am 24.9.2007)

Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat noch im 2008 Bericht erstatten.

17. Postulat CVP-Fraktion: Buslinie 61, 15-Minutentakt während der Hauptverkehrszeiten

(Geschäft Nr. 167/IX, überwiesen am 24.9.2007)

Das Anliegen wurde nach einem entsprechenden Vorstoss eines Binnerer Landrats-Mitglieds im Budget 2008 des Kantons aufgenommen. Die Einführung auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2007 war zu kurzfristig, der 15-Minutentakt wird nun während der Hauptverkehrszeiten ab Sommer 2008 als Probebetrieb laufen.

Der Gemeinderat beantragt Abschreibung des Postulats.

18. Interfraktionelles Postulat: Binnerer Energiespar-Offensive 1 und 2

(Geschäft Nr. 148 / 149/IX, überwiesen am 24.9.2007)

Die Energiespar-Offensive 1 hat die Erarbeitung und Umsetzung eines Energiekonzeptes für Gebäude zum Inhalt. Die Energiespar-Offensive 2 zielt auf Fördermassnahmen für Private ab. Insbesondere sollen Förderbeiträge für Solaranlagen und Möglichkeiten der Reduktion des Standby-Stromverbrauchs geprüft werden.

Am 1.4.2008 konnte die neue Umweltfachstelle der Gemeinde Binningen besetzt werden. Mit der neuen Fachperson werden die gemeindeeigenen Energiebuchhaltungen eingesehen und aktualisiert. Auf dieser Grundlage soll anschliessend ein Energiekonzept mit Massnahmen erarbeitet werden. Im Rahmen einer kantonalen Förderaktion sind in fünf gemeindeeigenen Bauten Grobanalysen von der Firma EBM durchgeführt worden. Die Ergebnisse dieser Analysen fliessen ebenfalls in das Konzept ein.

Mit Unterstützung der Umweltfachstelle sollen gemäss Jahresplanung in der zweiten Jahreshälfte 2008 auch die Durchführung der Solardachaktion "100 jetzt" initiiert und ein Vorschlag für die künftige Ausrichtung von Förderbeiträgen an Private ausgearbeitet werden.

19. Postulat CVP-Fraktion: Vier zusätzliche Garderoben und zwei Duschräume auf den Sportanlagen Spiegelfeld

(Geschäft Nr. 183/IX, überwiesen am 19.11.2007)

Die Abklärungen für den Raumbedarf mit dem Fussballverein sind abgeschlossen und der Planungskredit für die zusätzlichen Garderoben wird dem Einwohnerrat noch im Jahr 2008 zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

20. Weitere hängige, noch nicht überwiesene parlamentarische Vorstösse

An der Sitzung vom 21.4.2008 sind folgende Vorstösse eingereicht worden, welche anlässlich der Einwohnerrats-Sitzung vom 25. August 2008 behandelt und/oder an den Gemeinderat überwiesen werden sollen:

- Postulat SP-Fraktion: Förderung des Langsamverkehrs (Geschäft Nr. 196/IX)
- Postulat SP-Fraktion: Mehr Sicherheit für den Langsamverkehr (Geschäft Nr. 197/IX)